



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andrea Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielfalt in Bayern – Antidiskriminierungsstellen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Lage der Antidiskriminierungsstellen zu berichten. In diesem Bericht soll insbesondere auf die folgenden Fragen eingegangen werden:

1. Wie viele Antidiskriminierungsstellen gibt es in Bayern?
2. Wie genau gestaltet sich die Finanzierung der Antidiskriminierungsstellen (bitte zwischen Kommunen, Land und Bund unterscheiden)?
3. Warum spricht sich die Staatsregierung weiterhin gegen die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle aus?
4. Wie setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür ein, dass die Finanzierung der respekt*land-Beratungsstellen auch über den Förderzeitraum hinaus gesichert wird?
5. Wie viele Personen haben sich in den Jahren 2020 bis 2025 an die vorhandenen Antidiskriminierungsstellen gewandt?
6. Wie genau lautet die Kooperationsvereinbarung zwischen B.U.D. e. V. und den Polizeipräsidien in Mittelfranken und in der Oberpfalz?

Begründung:

Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, Beratungsstellen und Betroffenenvertretungen fordert bereits seit Jahren, die Arbeit der Antidiskriminierungsstellen gesetzlich abzusichern und in einem solchen Gesetz auch eine Landesantidiskriminierungsstelle zu schaffen.

So haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von München, Nürnberg, Erlangen, Regensburg und Augsburg die Staatsregierung aufgefordert, eine Landesantidiskriminierungsstelle aufzubauen. Auch die respekt*land-Beratungsstellen haben eine zentrale Stelle gefordert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert ebenfalls die Landesantidiskriminierungsstelle, um den Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle anzubieten. Der Paritätische in Bayern hat ebenfalls ein Landesgesetz gegen Diskriminierung gefordert. So soll die Schutzlücke für die Betroffenen schnell behoben werden.

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie wurde das Thema am 26. Juni 2025 debattiert. Dort hat der Bayerische Jugendring klargemacht, wie dringend in Bayern Unterstützung bei Diskriminierung gebraucht wird. Aktuell gibt es schon nicht

genügend Angebote – und vielen davon fehlt die Finanzierung, damit es überhaupt weitergeht. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeigte geschlossen mehr Verständnis: Er appellierte dringlich an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, noch vor der Sommerpause die weitere Finanzierung der Beratungsstellen in Bayern mit dem Bund zu klären und über Landesmittel nachzudenken.